

EIN READER AUS DER REIHE "NIEMAND HAT DIE ABSICHT EINE MAUER ZU ERRICHTEN"

**NATIONALISMUS IST
KEINE ALTERNATIVE!
BEITRÄGE ZUR RECHTSPOPULISTISCHEN
ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND (AFD)**



**EIN READER DES PROJEKTS INO
INFOORDOST.DE**

Inhaltsverzeichnis

Einleitung	Seite 1
I. Die Finanzierung der AfD	Seite 2
II. Elitär und anti-demokratisch: Die AfD propagiert eine marktradikale Wirtschaftspolitik	Seite 3
II.I. Marktradikale Initiativen rechts der CDU/CSU	Seite 3
II.II. Wirtschaft im Geiste der AfD – hin zum totalen Markt	Seite 4
II.III. Antimuslimischer Rassismus und Migrationspolitik der AfD	Seite 6
II.IV. Ursachen steigender Flüchtlingszahlen in Deutschland	Seite 6
II.V. Ein Rückblick: Integration und Antimuslimischer Rassismus	Seite 6
II.VI. Funktionsweise des Rechtspopulismus	Seite 7
II. VII. Einwanderungs- und Asylpolitik der AfD	Seite 8
II.VIII. Gesellschaftsverträglich rechts	Seite 8
III. Von der rechten Euro-Kritik zu Pegida	Seite 9
IV. Was tun gegen die Alternative für Deutschland?	Seite 10
IV.I. Schnittmengen mit der extremen Rechten nachweisen	Seite 10
IV.II. Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe aller	Seite 11
IV.III. Gemeinsam gegen die AfD	Seite 12
V. Argumentationshilfe zum Umgang mit der "Alternative für Deutschland".	Seite 12
V.I. Unsere Kernbotschaft	Seite 12
V.II. Handlungsempfehlungen	Seite 12
V.III. Die AfD – Eine radikal rechte Partei	Seite 13
V.VI. Integrationspolitik	Seite 14
V.V. Gesellschaftspolitik	Seite 15
VI. Internetlinks – Eine Webhilfe	Seite 17

Eigentumsvorbehalt:

Nach dem Eigentumsvorbehalt ist diese Broschüre solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur Habenahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Broschüre der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Einleitung

Die selbsternannte "Alternativ für Deutschland" (AfD) ist in den vergangenen Jahren in mehrere ostdeutsche Landtage eingezogen und hat die politische Parteienlandschaft zumindest kurzfristig in der Bundesrepublik verändert. Dabei ist die AfD keinesfalls eine harmlose Professoren-Partei, die sich um die Belange der "kleinen Leute" kümmert. Zunehmend wird deutlich, dass sich die AfD vom rechtspopulistischen ins rechtsextreme Lager verschiebt. Dieser Reader gibt Einblicke in die Ideologie und Arbeitsweise der AfD und zeigt Handlungsmöglichkeiten gegen rassistische Polemiken auf.

Ein erster Beitrag gibt einen Einblick in die Finanzierung der AfD. In mehreren Beiträgen wird sich der neoliberalen Ausrichtung der AfD gewidmet und dabei unter anderem auf die grundsätzliche Nähe zu rechtsradikalen und neofaschistischen Einstellungen dieser Partei eingegangen. Ein kurzer Input zur Verbindung von PEGIDA und der AfD ist für Mecklenburg-Vorpommern besonders interessant vor dem Hintergrund, dass der hiesige PEGIDA-Ableger "MVGIDA" nicht nur eng mit Neonazis zusammenarbeitet, sondern mittlerweile von diesen übernommen wurde und in zwei umfangreichen Beiträgen haben wir Handlungsmöglichkeiten gegen die Hetze der AfD zusammengestellt.

Für diesen Reader haben wir Texte verschiedener Bündnisse, Stiftungen und Parteien zusammengetragen. Die Quellen findet ihr jeweils am Ende der Beiträge. Auslassungen haben wir jeweils durch eckige Klammern kenntlich gemacht und die Beiträge und Absätze teilweise anders nummeriert, als im Original vorgegeben, um für dieses Heft eine bessere Übersichtlichkeit zu gewährleisten.

I. Die Finanzierung der AfD

Jede Parteigründung steht zu Anfang vor einem existentiellen Problem: Woher das Geld nehmen? Einmal ins Rollen gekommen, finanziert sich politischer Erfolg durch staatliche Gelder quasi von selbst. Doch bis dahin braucht es entweder einen langen Atem oder eine gute Anschubfinanzierung. Aus dem massiven Werbeauftritt, den die AfD von Anfang an vorgelegt hat, lässt sich folgern, dass sie über letztere verfügte. Beweise gibt es zur Zeit noch nicht, da offizielle Informationen über die Finanzen der Partei der Öffentlichkeit erst 2015 zugänglich gemacht werden. Dies geschieht in Form von „Bekanntmachungen“ des Bundestages, dem politische Parteien laut Gesetz rechenschaftspflichtig sind.

Detailliert lässt sich hier ersehen, über wie viel Geld aus Spenden, Unternehmenstätigkeit und staatlichen Mitteln die Parteien verfügen und wofür sie es ausgeben. In den ersten anderthalb Jahren ihrer Existenz sammelte die AfD nach eigenen Angaben unter ihren Mitgliedern und AnhängerInnen bedeutende Beträge speziell für Wahlkämpfe ein. Da es sich bei ihnen in der Mehrzahl um eher solvente Personen handelt, wundert das nicht. Die zweite wesentliche Anschubfinanzierung erfolgte durch Großkredite von UnternehmerInnen. Bekannt ist, dass der Hamburger Reeder Folkard Edler eine Million Euro vorschoss. Die gleiche Summe überwies der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) Hans-Olaf Henkel. Ein „Geschmäcke“ bekam dieser Akt dadurch, dass Henkel zeitnah zum AfD-Kandidaten für die Wahl zum Europa-Parlament nominiert wurde. In diesem residiert er nun seit Mai 2014, so dass sich zumindest für ihn das „Risiko-Investment“ durchaus gelohnt hat.

Die schwierige Anfangsphase scheint überwunden, denn jetzt öffnen sich für die AfD die Schleusen staatlicher Politikfinanzierung. Erstens verschaffen sich Führungskräfte durch Wahlerfolge die Möglichkeit, hauptamtlich für ihre Ziele eintreten zu können. Als Abgeordnete im Europaparlament oder in Landtagen verfügen sie über einen bis zur nächsten Wahl sicheren und gut bezahlten Job. So resultierten aus den erfolgreichen Wahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen gleich 36 Mandate. Zusätzlich können die Abgeordneten auf Staatskosten MitarbeiterInnen für ihre Büros und für eine Fraktionsgeschäftsstelle einstellen und Sachmittel einplanen. Formal ist die Finanzierung von Abgeordneten und Fraktionen streng getrennt von der Finanzierung der Partei als solcher. Die Abgeordneten zweigen jedoch von ihren Diäten Spenden an ihre Partei ab. Die Wahlkampfkostenerstattung ist für Parteien die zweite staatliche Einnahmequelle, die zuverlässig zum Quartal überwiesen wird und weit verlässlicher ist als z.B. Spendeneinnahmen. Sie beträgt 0,85 Euro pro Wählerstimme (bei Wahlen in Europa, Bund oder Ländern) pro Jahr und sinkt ab 4 Millionen Stimmen auf 0,70 Euro. Laut Schätzungen wird die AfD für das Jahr 2014 durch Fraktionsfinanzierung und Wahlkampfkostenerstattung vier Millionen Euro einnehmen. Sobald sie das zweite Mal in Folge in einen Landtag eingezogen sein wird, hat die AfD außerdem die Möglichkeit, eine Parteistiftung zu gründen. Die staatliche Parteienfinanzierung soll laut Gesetz allerdings höchstens 50 Prozent der Gesamteinnahmen ausmachen. Die AfD muss befürchten, dass sie die ihr zustehenden Gelder vielleicht gar nicht realisieren kann, weil es an einer entsprechenden Gegenfinanzierung fehlt, die sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Unternehmensgewinnen zusammensetzen kann. Infolgedessen entwickelte die AfD, die als Anti-Projekt gegenüber den von ihr als „Altparteien“ diffamierten etablierten Parteien angetreten ist, eine besondere Findigkeit, um diese Staatsgelder für sich zu retten: Die Partei stieg in den Goldhandel ein. Presseberichten zufolge machte die AfD bis zum November 2014 auf diesem Wege 2,1 Millionen Euro Umsatz mit einem Gewinn von nur 1 Prozent. Auf diesen kommt es allerdings im Sinne des Parteiengesetzes nicht an, sondern nur auf die Höhe der Einnahmen. Attraktiv sind die Gold-Medaillen vermutlich besonders deshalb, weil sie noch in DM-Anmutung daherkommen und damit an die „guten alten Zeiten“ erinnern.

Langfristig entscheidend für die Finanzen der Partei werden jedoch ihre Beziehungen zur UnternehmerInnenschaft sein. In den Geschäftsstellen der AfD wird systematisch an dieser Frage

gearbeitet, z.B. mittels der Organisation von Fundraising-Dinners. Dadurch begibt sie sich in direkte Konkurrenz zur CDU/CSU. Immer wieder wird in diesem Zusammenhang auch der Verband der Familienunternehmer als AfD-affin genannt, auf deren Verbandstag Bernd Lucke 2014 als erster Redner sprechen durfte. Bei dessen Mitgliedsunternehmen handelt es sich nicht nur um kleine Betriebe, sondern teils um milliardenschwere Firmen, die aber im Gegensatz zu Aktiengesellschaften unternehmergeführt sind.

Einen Durchbruch erzielte die AfD dem Manager-Magazin zufolge nach den Landtagswahlen von 2014. Ein weiterer früherer BDI-Präsident, nämlich Heinrich Weiss, Aufsichtsratschef der SMS-Group, wolle sich nun für die AfD engagieren und auch helfen, sie zu finanzieren. Dies ist besonders schmerzhaft für die CDU, der Weiss bis dahin angehörte. Zum AfD-Mitglied und -Spender ist dem Magazin zufolge auch Hans Wall geworden, Gründer der Wall AG, die in Berlin das Außenwerbe-geschäft dominiert. Systematisieren will die AfD diese Beziehungen durch die für 2015 anvisierte Gründung eines Mittelstandsforums. [...]

II. Elitär und anti-demokratisch: Die AfD propagiert eine marktradikale Wirtschaftspolitik

Kritik an der AfD bleibt im öffentlichen Diskurs meist auf rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der AfD beschränkt. Wie David Bebnowski und Lisa Julika Förster vom Göttinger Institut für Demokratieforschung erklären, sollte man jedoch nicht beim „Verweis auf die dunklen und mitunter chauvinistischen Seiten der AfD (...) verharren.“ Es ist zwar notwendig, eindeutig rassistische Positionen und Verbindungen zur extremen Rechten immer wieder aufzudecken und darüber ein Problembewusstsein in Bezug auf diese Partei zu fördern, eine fundierte Kritik kann sich jedoch nicht darauf beschränken. Vielmehr muss auch die ökonomische Logik im Innern der AfD analysiert und kritisiert werden. Der Arbeitskreis *Arbeitnehmer in der AfD* (AidA) stellt dazu fest, dass es zwischen den Zielen der AfD und den Zielen der Arbeitnehmervertretungen „keinen Gegensatz, noch nicht einmal die kleinste Divergenz“ gäbe. Mit Blick auf die Entstehungsgeschichte der AfD, ihre wirtschaftspolitischen Vorstellungen und ihre elitären Vorschläge zu einer Reform der Demokratie, wird jedoch rasch deutlich, dass die Politik der AfD im Gegensatz zum Interesse der arbeitenden Bevölkerung steht.

II.I. Marktradikale Initiativen rechts der CDU/CSU

Die Entstehung der AfD reiht sich in seit längerem zu beobachtende Bemühungen ein, eine Partei rechts neben der CDU/CSU zu etablieren. Ein rechtskonservatives und marktradikales Milieu versucht seit Jahrzehnten, auf verschiedenem Wege an Einfluss zu gewinnen. Die AfD ist einer dieser Wege – ein recht erfolgreicher, wobei sich starke Kontinuitäten zu vorangegangenen Initiativen aufzeigen lassen. Wie Dieter Plehwe, Mitarbeiter des Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, erklärt, ist als „Vorläuferpartei der AfD (...) der *Bund freier Bürger* von besonderem Interesse. (...) Mit Joachim Starbatty, Karl Albrecht Schachtschneider und Bruno Bandulet finden sich drei Mitstreiter (...) aus den Tagen des Bundes freier Bürger bei der AfD.“ Der *Bund freier Bürger* (BfB) hat sich 1994 als politische Reaktion auf die verstärkte europäische Integration durch den Vertrag von Maastricht gegründet. Der Maastricht-Vertrag schrieb unter anderem die Einführung einer gemeinsamen Währung fest. Das ehemalige FDP-Mitglied Manfred Brunner initiierte den BfB und machte ihn zur ersten Partei in Deutschland, die sich der Euro-Thematik maßgeblich angenommen hat. Die Euro-Kritik ist die wohl offensichtlichste Gemeinsamkeit zwischen BfB und AfD, interessanter ist aber der gemeinsame marktradikale Kern, welcher sich gegen errungene Standards der ArbeitnehmerInnen und gegen das allgemeine Feindbild der Sozialdemokratisierung stellt. Oder wie es Hans-Olaf Henkel formuliert: „Die politische Landschaft ist nach links gerückt, deswegen stehen

wir rechts. Aber wir stehen richtig.“ Der BfB wollte sich nicht lediglich mit einem Lippenbekenntnis zur Marktwirtschaft begnügen, sondern folgte konsequent der Maxime, dass das private Eigentum der Grundpfeiler einer freien Gesellschaft sei. Das Tarif- und Sozialversicherungssystem stand diesem Grundpfeiler natürlich im Wege.

Wie die AfD versuchte sich auch der BfB mit seinem Namen als Volkspartei zu generieren – und scheiterte damit ebenso wie die AfD. Der von der AfD beanspruchte Status, eine „Volkspartei der Mitte“ in vermeintlicher Abgrenzung gegenüber rechts und links zu sein, kann getrost als altbekannter Versuch gesehen werden, den eigenen Positionen einen Volkswillen unterzuschieben. Faktisch ist die Gründung der AfD das Projekt eines dezidiert ökonomisch geprägten Spektrums. Laut Alexander Häusler, Sozialwissenschaftler an der Fachhochschule Düsseldorf, sind es primär zwei Gruppen, die am Kristallisationspunkt der

Euro-Rettungsmaßnahmen einen gemeinsamen Moment des Anstoßes fanden und sich verbündeten. Zum einen die klassischen „Wirtschafts-Professoren mit einer neoliberalen Ausrichtung“, die Rettungsgelder für Banken als eine unzulässige Marktintervention empfanden, welche ihrem neoliberalen, marktradikalen Verständnis vom freien Markt widersprach. Zum anderen mittelständische Unternehmen, die den Rettungsmaßnahmen ablehnend gegenüber standen und ihre Ängste vor Inflation und Währungsinstabilität innerhalb der CDU und FDP nicht mehr ausreichend berücksichtigt sahen. Anhand dieser Zusammensetzung und den Entstehungsmomenten von BfB und AfD – bei beiden die Kritik an der Euro-Politik – wird deutlich, dass besagtes Spektrum kein grundsätzliches Interesse an einer eigenen Partei hatte, sondern es die eigenen Positionen nicht mehr ausreichend in den etablierten Parteien vertreten sah. Damals wie heute ist die Parteigründung immer nur eins von vielen Instrumenten zur Durchsetzung der eigenen Interessen gewesen.

Organisatorisch konnte das rechtskonservative Milieu auf weitläufige Elitennetzwerke, zu denen auch „marktliberale (...) und marktradikale (...) Think Tanks und Lobbygruppen“ zählen, zurückgreifen. Der Journalist Jens Berger erklärt daher treffend, die Selbstcharakterisierung der AfD als Graswurzelbewegung verzerre die Realität. Das von Bernd Lucke ins Leben gerufene Plenum der Ökonomen und die WirtschaftsprofessorInnen, die den Hamburger Appell initiierten, können hier als prägnante Beispiele genannt werden. Wichtiges Umfeld sind auch die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, die *Mont Pelerin Society* und Publikationen wie die marktradikale Zeitschrift *eigentümlich frei*. Für öffentliche Sichtbarkeit und Unterstützung der Forderungen der AfD waren solche und weitere Netzwerke von hoher Bedeutung.

II.II. Wirtschaft im Geiste der AfD – hin zum totalen Markt

Als junge Partei hat die AfD noch keine ausgereiften Partei- oder Wahlprogramme und auch eine belastbare Arbeit in den Parlamenten fehlt. Bei der Herausstellung eines wirtschaftspolitischen Profils stößt man daher an seine Grenzen. Einzelne Forderungen geben aber durchaus Aufschluss darüber, in welche Richtung die Partei denkt: Mehrheitlich ist die Basis der AfD gegen den Mindestlohn. Als Steuermodell wird das sogenannte Kirchhofsche favorisiert, welches den aktuell bestehenden progressiven Verlauf zu Gunsten reicher Bevölkerungsschichten ablösen würde. Soziale Unterstützungsleistungen des Staates sollen beschnitten werden. Das macht deutlich, dass die AfD dem Sozialstaat gegenüber feindlich gesonnen ist. Eine halbwegs gerechte Umverteilung durch Steuern und Mindeststandards für die Mehrheit der Bevölkerung hat bei ihr keinen Platz.

Die AfD hat sich als Reaktion auf die Euro-Rettungsmaßnahmen gegründet, die für sie nach wie vor ein zentrales Politikfeld darstellen. Plehwe stellt einen direkten Zusammenhang zwischen den europapolitischen Forderungen der AfD und der Finanz- und Wirtschaftskrise her. Die Situation bei Ausbruch der Krise war ein umstrittener Scheideweg. Ernsthaft zur Diskussion stand auch eine Vertiefung der europäischen Integration, was „die Befürchtung [schürte], dass am Ende der Entwicklung eine gemeinsame europäische Haftung (Eurobonds), ein europäischer Steuerstaat oder gar ein fiskal-föderales Solidarsystem stehen könnte.“ Die AfD propagiert demgegenüber eine partielle Rückentwicklung der Integration, womit sie auch exzellent in die Fraktion der *Europäischen*

Konservativen und Reformisten unter Führung der britischen *Tories* passt. Abgelehnt wird dabei vor allem die gemeinsame Regelung sozial- und gesellschaftspolitischer Bereiche, während ökonomische Freiheiten befürwortet werden.

Mindeststandards bei sozialen Fragen haben im Europa der AfD keinen Platz, freie Produkt- und Finanzmärkte sind dagegen willkommen. Wirtschaftspolitik mit AfD-Prägung steht für die „Revolte der Besitzstandswahrer“, wie es ein AfD-Funktionär selbst formulierte. Der Staat mit seiner Umverteilungsfunktion und sozialer Unterstützung ist in diesem Weltbild ein Akteur, der diesen Besitz bedroht. Der Vorrang einer ökonomischen Logik ist das gemeinsame Dach der verschiedenen Forderungen. Besonders deutlich wird dieses Primat des Wirtschaftlichen an der AfD-Position zur Zuwanderung. Qualifizierte ImmigrantInnen, die nützlich für die deutsche Wirtschaft sind, sind willkommen. Der ökonomische Wettbewerb des freien Marktes überwindet in diesem Sinne Grenzen – allein zum Wohle der nationalen Wirtschaft. Die Inhalte der AfD bauen auf diesem Prinzip auf, ihr politischer Erfolg erklärt sich mit der gesellschaftlichen Verinnerlichung dieser Wettbewerbslogik. Der Titel eines Aufsatzes des Sozialwissenschaftlers Horst Kahrs, „Leistung ist ihr Lieblingswort“, trifft vielleicht den Kern des Ganzen. Der ideelle Wettbewerb kennt nur Gewinnen und Verlieren – das macht ihn aus –, die individuelle Leistung entscheidet über das Ergebnis. Diese Leistungsideologie ermöglicht eine Abwertung innerhalb wie außerhalb der deutschen Gesellschaft. Nach innen wird gegen berechnete Ansprüche von TransferempfängerInnen polemisiert, nach außen ist die kalte Ignoranz gegenüber den krisengebeutelten Ländern ihre Folge. Mit dieser Polemisierung bedient sie das Leistungsgefühl der Mittelschicht und nutzt deren Abstiegsängste in einer zunehmend prekarierten Welt. Der Populismus entfaltet genau hier seine Wirkung, denn es gelingt ihm, mit dem Marktradikalismus ein politisches Rezept zu verkaufen, welches eigentlich verantwortlich für die aktuellen prekären Verhältnisse ist. In einer Analyse für die Otto-Brenner-Stiftung charakterisieren Bebnowski und Förster den Politikstil der AfD als Wettbewerbspopulismus. Auf verschiedenen Ebenen wird deutlich, dass das Ökonomische im weitesten Sinne zentraler Faktor bei der AfD ist. Der Erfolg der AfD ist eng gekoppelt an die ökonomischen Krisenumbrüche der letzten Jahre. Die Öffentlichkeit war mit gleich drei eng getakteten Krisen konfrontiert; erst die Bankenkrise, dann die Staatsschuldenkrise und nun auch noch die Krise der Realökonomie – und wie immer neue Meldungen andeuten, ist keine davon wirklich behoben. Die durch diese Krisen verursachten vielfältigen Erschütterungen erzeugen einen „unsicheren Erwartungshorizont“, der ein Bedürfnis nach politischer Herstellung von Ordnung weckt. Die populistische Agitation findet hier mit ihren ordnungsverheißenden Angeboten einen Nährboden. Deutschland steht in dieser Krisenperiode deutlich besser da als andere Länder in Europa. Im klassischen Verständnis der Mechanismen populistischer Agitation erscheint dies erst mal paradox, denn das vorherrschende Bild – der Populismus findet seinen Zuspruch bei den VerliererInnen – trifft nicht zu. Wenn also Bebnowski und Förster schreiben, der „Wettbewerbspopulismus der AfD ist dementsprechend die spezifische deutsche Gestalt, mit der sich die Emotionen der rechten Mitte bündeln lassen“, dann meinen sie damit, dass die populistische Agitation über die Wettbewerbslogik *als Teil der nationalen Gemeinschaft zu den GewinnerInnen* zu gehören, macht den Einzelnen erst empfänglich für die Propagierung des verschärften Wettbewerbs. Eine weitere Ebene des Ökonomischen, die ein Erfolgsfaktor der AfD ist, sind die zahlreichen ÖkonomInnen und WirtschaftswissenschaftlerInnen in der Parteiführung. Der Wettbewerbspopulismus der AfD bewegt sich innerhalb der ökonomischen Logik und gestaltet auch das Programm danach, was der Agitation der ÖkonomInnen erst die nötige Authentizität verleiht, die den Erfolg erst ermöglicht. Der AfD ist es gelungen, politische Fragen in wirtschaftswissenschaftliche umzudeklarieren und sich darüber als Alternative zu allen anderen Parteien darzustellen. Gemeinhin spricht man hierbei von Antipolitik: Es wird ein Moment geschaffen, der die Abgrenzung zum Rest des politischen Systems ermöglicht. Mit dieser Antipolitik lässt sich an antiparlamentarische Ressentiments und Politikverdrossenheit anknüpfen. [...]

II.III. Antimuslimischer Rassismus und Migrationspolitik der AfD

Im Jahr 2014 wurden doppelt so viele Anschläge auf AsylbewerberInnenheime registriert, wie in 2012 und 2013 zusammen. In Dresden gingen im Herbst/Winter 2014 unter dem antimuslimischen Slogan „Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ (Pegida) wöchentlich bis zu 17500 bürgerliche RassistInnen auf die Straße. Anlass dieser Montagsdemos waren die neuen Unterkünfte für Flüchtlinge in Sachsen und eine herbei halluzinierte „Islamisierung“. Politisch unterstützt wurde dies von der Dresdner Fraktion der *Alternative für Deutschland* (AfD). Waren zunächst die Europa- und Währungspolitik Kernthemen der AfD, konkretisierte die Partei ihre Positionen zu anderen Politikfeldern im Vorfeld der Wahlen 2014. Unter dem Titel „Zuwanderung braucht klare Regeln!“ veröffentlichte sie ihre Position zur Integrations- und Einwanderungspolitik und schloss damit an die seit 2013 neu aufgekommene Debatte um Flüchtlinge und Einwanderung in Deutschland von rechts an. Im Folgenden wird anhand der Einwanderungspolitik ein näherer Blick auf die AfD und ihre rechten Tendenzen geworfen. Zunächst werden die gesellschaftspolitischen Entwicklungen der vergangenen Jahren dargestellt: einerseits die steigenden Zahlen an Flüchtlingen in Deutschland und andererseits eine deutliche Zunahme antimuslimisch rassistischer Tendenzen. Daran anschließend wird auf die Funktionsweise des Rechtspopulismus eingegangen und wie dieser von der AfD genutzt wird. Die bundesdeutsche Debatte um sogenannte „Armutsmigration“ aus 2014 ist ein aktuelles Beispiel für den gesellschaftlichen Resonanzraum für rassistische und chauvinistische Politik. Diese bietet Bezugspunkte für die AfD, um die in der Gesellschaft vorhandenen rassistischen Einstellungen politisch aufzugreifen und zu organisieren.

II.IV. Ursachen steigender Flüchtlingszahlen in Deutschland

Der Diskurs um Einwanderung in Deutschland ist seit spätestens 2013 wieder wahrnehmbar. Im Zuge des Arabischen Frühlings 2011 sowie den damit einhergehenden gesellschaftspolitischen Umbrüchen und Bürgerkriege im Nahen Osten und Nordafrika sind – zusätzlich zu den anderen flüchtenden Menschen – jährlich mehrere hunderttausend Menschen auf der Flucht und machen sich auf den lebensgefährlichen Weg nach Europa. Gleichzeitig wirken sich die Folgen der Finanzkrise und der europäischen Krisenpolitik vor allem auf die südeuropäischen Länder wie Griechenland, Italien, Portugal und Spanien aus.

Deutschland nimmt in Relation zu anderen EU-Staaten deutlich weniger Flüchtlinge auf, dennoch sind die absoluten Zahlen in den vergangenen Jahren gestiegen. Dies wurde u.a. dadurch sichtbar, dass in den vergangenen Jahrzehnten nach der fast gänzlichen Abschaffung des deutschen Asylrechts und den Dublin-Verordnungen einerseits die Anzahl der nach Deutschland flüchtenden Menschen kleiner geworden ist und andererseits die Kapazitäten, Menschen Unterstützung bieten zu können, deutlich abgebaut wurden. Der Staat ist nicht adäquat auf die steigenden Zahlen vorbereitet gewesen, obwohl die prekären finanziellen Mittel für Unterbringungen seit Langem von Flüchtlingsinitiativen kritisiert wurden. Um diesen selbstgemachten Problemen Herr zu werden, müssen nun Kommunen und Länder zahlreiche neue Unterbringungen *einrichten, was für diese zu erheblichen finanziellen wie auch politischen Schwierigkeiten* führt. Vermehrt protestieren AnwohnerInnen und BürgerInnen im Schulterschluss mit Personen aus Spektren von der Neuen Rechten bis zu eindeutigen Neonazis gegen neue Heime. Der Umgang der etablierten Politik reicht von der Unterstützung von Willkommens-Initiativen bis hin zur Aufnahme rassistischer Argumentationen. Vor diesem Hintergrund – von lokalen Kristallisationspunkten über bundespolitische Verantwortungslosigkeit hinsichtlich der Unterbringungen – sind die Diskussionen um Einwanderung und Geflüchtete zu bewerten. Die aktuellen Zahlen flüchtender Menschen und Asylsuchender sind allerdings trotz der letzten Entwicklungen keine Überraschung und in ihrer Entwicklung bereits seit geraumer Zeit absehbar gewesen.

II.V. Ein Rückblick: Integration und Antimuslimischer Rassismus

Die Diskussion um Einwanderung in Deutschland wurde in den vergangenen Jahrzehnten stark unter dem Fokus geforderter Integration geführt. Seit den Anschlägen des 11. September 2001 luden sich

die Debatten um eine solche Integration diskursiv mit antimuslimischem Rassismus (AMR) auf. Als eine Form des Rassismus, die sich gegen Muslime bzw. Menschen richtet, die von außen als Muslime markiert werden, wird der AMR wissenschaftlich verstanden. Dabei ist es nicht von Bedeutung, ob die Person gläubig ist oder überhaupt muslimisch, noch welche Form des Glaubens sie praktiziert. So wird an äußerliche Merkmale wie Haut- und Haarfarbe oder Kleidung wie Kopftücher angeknüpft. Die kollektive Zuschreibung von Eigenschaften einer bestimmten kulturellen, nationalen oder religiösen Fremdgruppe in Abgrenzung zur eigenen Gruppe bildet hierbei die rassistische Konstruktion. Diese Zuschreibungen gelten oftmals als unveränderbar und sind negativ konnotiert.

Hinzu kommt die hierarchische Struktur der rassistischen Konstruktion: die Mehrheitsgesellschaft schreibt zu, und Minderheiten werden markiert. Problematisch ist ebenfalls die Verknüpfung von religiösen und nationalen Identitäten. TürkinInnen und AraberInnen werden in Deutschland oftmals synonym zu MuslimInnen verwendet. Durch die Verwendung des Begriffs „antimuslimischer Rassismus“ soll auf den Prozess der Ausgrenzung und Abwertung verwiesen werden. Eine alleinige Begründung durch die Religion, wie dies die Begriffe der Islamfeindlichkeit sowie Islamphobie andeuten, ist nicht ausreichend und beschreibt nicht die tatsächliche rassistische Konstruktion zwischen Mehrheitsgesellschaft und Minderheit mit Ausgrenzung als deren Konsequenz. Vielmehr suggerieren diese Begriffe, dass es eine zu verstehende legitime Ursache dafür gebe und verbinden die Frage von Rassismus mit Religion. Festzustellen bleibt jedoch, dass es im Islam wie in allen anderen Religionen verschiedene Lesarten und Ausformungen gibt. Eine Kritik der reaktionären und fundamentalistischen Kräfte ist aus emanzipatorischer Perspektive sicher – wie auch in christlichen Religionen – dringend notwendig. Eine Ausweitung auf die Religion an sich ist jedoch falsch. Mit der Veröffentlichung des Buches „Deutschland schafft sich ab“ von SPD-Mitglied Thilo Sarrazin 2010 und der weitgehend unkritischen medialen Rezeption wurde antimuslimischer Rassismus in Deutschland breiter etabliert. Dies verdeutlicht, dass Rassismus nicht allein in der extremen Rechten zu finden ist, sondern auch in der sogenannten Mitte der Gesellschaft. Dies wird seit Jahren durch die Mitte-Studien der Friedrich-Ebert-Stiftung und den Studien „Deutsche Zustände“ von Wilhelm Heitmeyer dargestellt, die der Frage nachgehen, wie weit rassistische, antisemitische und (extrem) rechte Einstellungen in der deutschen Gesellschaft verbreitet sind. Seit 2003 wird dort Islamfeindlichkeit als eine Ideologie der Ungleichwertigkeit erfasst. So sprechen sich in der 2014 erschienenen Gemeinschaftsstudie „Fragile Mitte – Feindselige Zustände“ 18 Prozent der Befragten für ein Verbot der Zuwanderung von Muslimen nach Deutschland aus. Eine gewisse „Rückständigkeit“ unterstellen „dem Islam“ 2012 über 50 Prozent. Ein eklatanter Auf- bzw. Abwärtstrend von islamfeindlichen Einstellungen ist im Verlauf der Studien nicht zu erkennen, jedoch die Konstanz, mit der Ideologien der Ungleichwertigkeit in der gesamten Gesellschaft verbreitet sind.

II.VI. Funktionsweise des Rechtspopulismus

Der Tatsache, dass rassistische Einstellungen in der Gesellschaft weit verbreitet sind, ist sich auch die (extreme) Rechte bewusst. Seit Jahren wird unter dem Deckmantel der Islam-Kritik versucht, den gesellschaftlichen Resonanzboden für antimuslimischen Rassismus zu bereiten.

In anderen europäischen Ländern ist dieser seit über zehn Jahren bereits Kernthema von rechten Parteien und bietet in Kombination mit einem rechtspopulistischen Politikstil gute Aussichten auf Wahlerfolge. Erfolgsbeispiele dafür sind das Referendum gegen den Bau von Minaretten der Schweizerischen Volkspartei und die Wahlergebnisse der niederländischen *Partei für die Freiheit* um Geert Wilders. Anlässe sind neben dem Bau von Moscheen auch die Diskussion um Verschleierung in der Öffentlichkeit, die genutzt werden, um unter dem Tenor „Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ rassistische Ressentiments politisch zu nutzen. Rechtspopulismus kann dabei in erster Linie als Inszenierungsstrategie verstanden werden und findet sich sowohl bei extrem rechten als auch rechtskonservativen Parteien. Ein Nebeneinander von „Rechtsextremismus“ und „Rechtspopulismus“ als zwei verschieden von einander abzugrenzende politische Kategorien ist dagegen wenig hilfreich. Die gemeinsamen inhaltlichen und strategischen Bezugspunkte lässt eine

solche Trennung außer Acht. Vielmehr kann „die Hinwendung zu den inhaltlichen Maßgaben rechter Ideologie und deren Parameter, Spannbreite und öffentliche Artikulationsformen hilfreich sein“, so Rechtspopulismusforscher Alexander Häusler. Rechtspopulismus könne folglich als rhetorisches Instrument innerhalb des rechten Spektrums gelten. Diese spezifische Politikform beinhalte Identifikationsangebote als „Anwalt des Volkes“ bzw. „des kleinen Mannes“, geknüpft an einen Außenseiter- und Opferstatus. Damit einher gehen die gegensätzlichen Identitäten von „Volk versus Elite“, „Fleißige versus Faule“, „Heimische versus Fremde“ und „Ehrliche versus Korrupte“. Auch wenn es Ähnlichkeiten gibt, bestehen Unterschiede zwischen den neofaschistischen Gruppen und rechtspopulistisch modernisierten rechten Parteien. Zentrale Differenz dabei ist das Verhältnis zur Demokratie, welche im (Neo-) Faschismus offen abgelehnt wird und die durch die „völkische Revolution“ abgeschafft werden soll, dem entgegen im Rechtspopulismus eine taktische Befürwortung direkter Demokratie steht. Auch haben sich die Bezugspunkte der Selbst- und Feindkonstruktion verändert. Anstelle von „Rasse“ und „Nation“ wird sich nun auf „Tradition“, „Kultur“ und „Religion“ bezogen, was einhergeht mit der Umwandlung klassischer aus dem Spektrum der Neuen Rechten als auch mit eindeutigen Neonazis gegen neue Heime. von „Ausländer“, „Zigeuner“ und „EU“ zu „Muslime“, „Multikulturalismus“ und „EU-Bürokratisierung“.

Der völkische Rassismus wird durch einen kulturalistischen Rassismus abgelöst. Diese Modernisierung hat zum Ziel, die in der gesellschaftlichen Mitte vorhandenen Ressentiments und Rassismen anzusprechen ohne sich direkt dem Verdacht auszusetzen offen rassistisch oder antidemokratisch zu handeln. Entsprechend finden sich rechtspopulistische Inszenierungsformen sowohl bei traditionell extrem rechten Parteien, als auch im Spektrum national und wirtschaftsliberal-konservativer Rechtsparteien. [...]

II. VII. Einwanderungs- und Asylpolitik der AfD

Fest zu stellen bleibt, dass die Entwicklung der Diskurse um Einwanderung und „Armutsmigration“ ganz im Sinne des AfD-Parteiprogramms sind. So spricht sich die Partei zwar für „ein offenes und ausländerfreundliches Deutschland“ aus und will die „Hilfe für Kriegsflüchtlinge“ stärken. Sie knüpft dies allerdings an zahlreiche Bedingungen und die Prämisse, dass Deutschland dadurch keinen wirtschaftlichen Schaden nehmen dürfe. Folglich wird unterschieden in Kriegsgeflüchtete und MigrantInnen, die aufgrund von wirtschaftlichen Gründen kommen würden. Entsprechend war ihr EU-Wahlkampfeslogan: „Wir sind nicht das Weltsozialamt“. Lediglich MigrantInnen die sich als wirtschaftlich nützlich erweisen, Steuern und Sozialversicherungsbeiträge zahlen, soll der Aufenthalt genehmigt werden. Diejenigen, die diese Bedingungen nicht erfüllen, gehörten zeitnah abgeschoben. Ebenso gelte es die bisherige europäische Grenzpolitik, die seit Jahren politisch höchst umstritten ist, auszuweiten mit dem Ziel, nur die wirtschaftlich gewinnbringenden MigrantInnen in Deutschland aufzunehmen. Damit vertritt die AfD einerseits die „Sozialschmarotzer“- These und andererseits eine Einwanderungs- und Asylpolitik, die nach ökonomischer Verwertung von MigrantInnen selektiert. Die Annahme, ein Großteil der Menschen würde nach Deutschland flüchten, um von Sozialleistungen zu leben, wird den komplexen politischen und wirtschaftlichen Zusammenhängen für Flucht nicht gerecht. Gleichzeitig impliziert diese Rhetorik der „ArmutsmigrantInnen“ antiziganistische und rassistische Zuschreibungen.

II.VIII. Gesellschaftsverträglich rechts

Das gesellschaftliche Potential für Ideologien der Ungleichwertigkeit ist groß. Durch die aktuellen Thematisierungen in den Diskursen um Einwanderung ist es möglich, dieses Potential politisch zu nutzen. An sich bedarf es dafür nicht einmal einer rechtspopulistischen Partei – dies machen auch andere. Die Unterschiede in der Position und Agitation hinsichtlich Einwanderung scheinen zwischen ChristdemokratInnen und AfD gering. Wesentlicher Unterschied ist dennoch, dass die AfD nicht nur rechtspopulistische Vorurteile taktisch aufgreift, sondern diese Positionen politisch kanalisieren und organisieren will. Dafür nutzt sie rechtspopulistische Strategien, um zum einem ein breites Spektrum anzusprechen und zum anderen sich als Tabubrecherin gegenüber den "Altparteien" zu inszenieren.

Die Affinität zu rassistischen und sozialchauvinistischen Positionen spiegelt sich in ihrer AnhängerInnenschaft wider. Offen antimuslimischen Rassismus zu propagieren, wie andere europäische rechte Parteien es tun, vermeidet sie aufgrund parteiinterner Heterogenität und zu erwartender gesellschaftlichen Ächtung. Stattdessen wird auf einen Verwertungs-rassismus gesetzt, der ohne eindeutige rassistische Zuschreibungen der „Anderen“ auskommt und es schwieriger macht, ihn als solchen zu erkennen. Dementsprechend besteht eine hohe Anschlussfähigkeit an gesellschaftlich akzeptierte, auf ökonomische Verwertung abzielende Argumentationen, die im Kern nicht weniger rassistisch sind, nur weil sie aus der vermeintlichen Mitte der Gesellschaft geäußert werden. Eine Kritik an der AfD kann also nicht geleistet werden, ohne auf die gesellschaftliche Verankerung von Ideologien der Ungleichwertigkeit zu verweisen. Die politische Organisation rassistischer Einstellungen und die Rehabilitation von Stammtischparolen als Sagbares können einen gesellschaftlichen Rechtsruck bewirken. In der Konsequenz würden Ausgrenzungen und Übergriffe gegenüber denjenigen zunehmen, die nicht in das Deutschland der AfD passen.

Quelle: Broschüre zur "Kritik zur Alternative für Deutschland". Zuletzt Heruntergeladen unter <http://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF/afd-brosch%FCre%202015.pdf> am 14.05.2016.

III. Von der rechten Euro-Kritik zu Pegida

Von rechts bedient die Alternative für Deutschland (AfD) den Traum von der Rückkehr zur D-Mark. Sie setzt dabei auf ökonomisch freundlich verpackte rassistische Argumente gegen eine gemeinsame Währung und verbindet dies mit der Forderung nach Wiedereinführung der Visumspflicht als Mittel gegen unkontrollierte Zuwanderung, nach Beibehaltung von Austeritätspolitik als Klassenprojekt plus Propagierung eines zutiefst konservativen heteronormativen Familienbildes. Man konnte die Haltung der AfD als reaktiven Nationalismus und mindestens strukturellen Rassismus bezeichnen, der auf die Verunsicherung durch die Krise reagiert. Bei dem Versuch, Selbststabilisierung zu erreichen, wird der Anschluss an imaginäre Gemeinschaften gesucht, ohne Klassen oder andere gesellschaftliche Gegensätze – was Benedict Anderson *imagined communities* genannt hat. Ethnische oder nationale Konstruktionen eignen sich als ideologische Gedankenform, mit deren Hilfe Konkurrenz- und Unsicherheitserfahrungen subjektiv bewältigt werden können.

Im Fall der AfD musste man wohl Andersons Begriff variieren: Die Sehnsucht nach einem überschaubaren und beeinflussbaren Währungs- und Wirtschaftsraum beschwört das Bild einer *imagined economy* von Nationalökonomien oder Volkswirtschaften herauf, die es längst nicht mehr gibt. Jahrzehntlang hat sich die kritische Wissenschaft bemüht zu begreifen, wie sich eine transnationale Bourgeoisie und ein Ensemble transnationaler staatlicher Apparate und Abkommen entwickeln, um intensive transnationale Produktions- und Distributionsnetze zu flankieren. In diesem Prozess wurden lokale, regionale, nationale, supranationale und internationale Ebenen in einem Geflecht transnationaler Herrschaftsraume verwoben [...]. Dies hat keineswegs zur beschworenen Überwindung der Nationalstaaten oder zur „Denationalisierung“ geführt [...]. Vielmehr spielen „nationale Wettbewerbsstaaten“ [...] eine entscheidende Rolle im Prozess der Transnationalisierung. Sie selbst sind dabei „Verdichtung und Materialisierung“ inter- und transnationaler Kräfteverhältnisse. [...]

Die Euro-Kritik allein hatte den Aufstieg der AfD ohnehin kaum konsolidieren können. Zu deutlich wäre der Klassencharakter der Partei der wütenden marktradikalen Professoren gewesen, die eher mit Arroganz und Verachtung den Subalternen gegenüberreten (anders als bei den „Arbeiterparteien“ UKIP und Front National, die gesellschaftlich breiter verankert sind). Entsprechend wird von der AfD eine strikte Austeritätspolitik vertreten, inklusive weiterer Kürzungen bei Sozialleistungen, Verschärfung der Hartz-IV-Regelungen und Beschneidung demokratischer Rechte für Prekäre („Wahlrecht nur für Nettosteuerzahler [...]). Der Spitzensteuersatz soll demgegenüber auf 25 Prozent

gesenkt werden. Auch hinter den Forderungen nach einer Auflösung der Euro-Zone stehen vor allem die Verbände der Klein- und mittelständischen Familienunternehmen [...] – die populären Klassen der Unzufriedenen lassen sich damit nur bedingt mobilisieren. Erst das strategische Aufgreifen und Verstärken von antifeministischen, antimuslimischen, homophoben, antiliberalen und gegen Minderheiten gerichteten Positionen ermöglichte es der AfD entgegen ihrer Klassenzusammensetzung, auch populäre Missstimmung von unten in populäre Zustimmung zu verwandeln [...]: Gegen „die da oben“ und gegen „unten“. In ihrem Kulturkampf bricht die Partei mit vermeintlichen Tabus der Political Correctness, spricht aus, was man angeblich nicht laut sagen dürfe, aber doch verbreitete Volksmeinung sei – eine Taktik, wie sie bereits von Thilo Sarrazin erfolgreich vorgemacht wurde. [...] Dazu gehören auch Polemiken gegen die „Einwanderung in unsere Sozialsysteme“, mit denen eine „Ethnisierung der sozialen Frage“ [...] vorangetrieben wird. Die prekäre „Wohlstandsinsel Deutschland“ soll vor illegitimen, „fremden“ Ansprüchen geschützt werden, ob vor Sinti und Roma aus Rumänien und Bulgarien, vor „überhöhten Ansprüchen“ der Sozialempfänger, vor Rettungsaktionen für die Krisenländer in Südeuropa, vor den Eurokraten oder den globalisierten Bankkonzernen, aber auch gegen die Bedrohung von Identitäten durch „Überfremdung“ durch Einwanderung oder „Umerziehung“ durch die Post-68er. Was zunächst als spezifischer Elitendiskurs begann, wurde zu einer populären Stimmung, die etwa von Pegida aufgegriffen wurde.

Quelle: Broschüre zur "Kritik zur Alternative für Deutschland". Zuletzt Heruntergeladen unter <http://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF/afd-brosch%FCre%202015.pdf> am 14.05.2016.

IV. Was tun gegen die Alternative für Deutschland?

Mit dem Aufstieg der AfD droht erstmals die dauerhafte Etablierung einer Partei in Deutschland, die rechts der CDU angesiedelt ist. In das Europäische Parlament und in die Landtage von Brandenburg, Sachsen und Thüringen ist sie 2014 schon eingezogen. [...] Es ist höchste Zeit Gegenstrategien gegen die marktradikale, nationalistische und rechtspopulistische Politik der AfD zu entwickeln. Dies ist weder alleinige Aufgabe der antifaschistischen Bewegung, noch ausschließliche Aufgabe der anderen Parteien, auch wenn sich die AfD als Anti-Partei geriert und Frontstellung gegen alle „Systemparteien“ bezieht. Die Entlarvung und Zurückdrängung des parteiförmigen Rechtspopulismus ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, denn die AfD droht die gesamte Gesellschaft zu spalten. Insofern braucht es ein breites Bündnis aus fortschrittlichen Kräften, aus Parteien, aus den Religionsgemeinschaften, Sozialverbänden, zivilgesellschaftlichen Organisationen, antirassistischen und antifaschistischen Gruppierungen, um den Aufstieg der Demagogen im bürgerlichen Gewand zu stoppen. [...]

IV.I. Schnittmengen mit der extremen Rechten nachweisen

Aufgabe der antifaschistischen Bewegung wird es vor allem sein, die bestehenden personellen und ideologischen Schnittmengen der AfD mit der extremen Rechten aufzuzeigen. [...] Für zahlreiche Neonazis und RassistInnen ist die AfD der parteipolitische Hoffnungsträger, nachdem viele frühere Projekte wie die *Republikaner*, die *Pro-Parteien*, *Die Freiheit* oder die *Schillpartei* scheiterten und die NPD sich momentan in einer schweren Krise befindet. Die AfD-Spitze versucht zwar allzu laute Rechte mundtot zu machen und kann auf der Führungsebene oft „repräsentables“ Personal vorweisen. Der Umgang mit diversen „Einzelfall“-Skandalen zeigt jedoch, dass die Führung meist nicht bereit ist extreme Rechte auszuschließen – entweder weil der innerparteiliche Widerstand zu

groß ist oder weil es Stimmen bei Wahlen kosten würde. Auf der kommunalen Ebene muss die Partei zukünftig hunderte von Positionen besetzen. Hier und erst recht an der Basis lohnt es sich, genau hinzusehen, ob sich dort belastete AktivistInnen tummeln, auch wenn dies eine mühsame Recherche erfordert. Die braunen Umtriebe in der AfD schaden schon jetzt denjenigen FunktionärInnen, welche ihre Absicherung im konservativen Establishment, in der Wirtschaft oder akademischen Jobs haben. So bemerkte der Kolumnist Volker Zastrow in der FAZ besorgt „Wer also jetzt noch in der AfD mitmacht, riskiert den bürgerlichen Ehrverlust.“

Auch ideologische Schnittmengen zwischen AfD und bestehenden oder früheren Organisationen wie NPD, REP usw. müssen analysiert werden. Die Wahlprogramme der AfD sind meist entschärft, weil auf eine akzeptable Sprache und medienkompatible Inhalte bei der Formulierung geachtet wird. Bei Reden von FunktionärInnen, gerade im aufgeheizten Wahlkampf, wird hingegen schon eher Tacheles geredet um ein rechtspopulistisches WählerInnenpotential zu erschließen. Dies zeigte sich deutlich, als in

den Wahlkämpfen in Brandenburg, Thüringen und Sachsen hauptsächlich chauvinistische und antimuslimische Ressentiments bedient wurden. Äußerungen der NPD sind gesellschaftlich geächtet. Spricht die AfD den gleichen Inhalt mit anderen Worten aus, so ist dies (noch) nicht der Fall. Hier sind die Parallelen immer wieder aufzuzeigen. Der Aufwand, der hierfür nötig ist, ist jedoch lohnend, denn auf vielen Blogs und Webseiten in den Sozialen Netzwerken, welche von AfD-AktivistInnen betrieben werden, wird man auf der Suche nach rassistischen oder nationalistischen Äußerungen fündig.

IV.II. Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe aller

Die Entwicklung einer grundlegenden Kritik an den Inhalten der AfD ist sicher die wichtigste und größte Herausforderung. Sie darf nicht nur Aufgabe der antifaschistischen Bewegung sein und kann schon gar nicht auf die Bevölkerungsgruppen abgewälzt werden, welche von der AfD diskriminiert werden. Inhaltliche Kritik ist die Aufgabe der gesamten Gesellschaft, sofern sie an einer solidarischen Zukunft interessiert ist. So wird es z.B. primäre Aufgabe der Gewerkschaften sein, die marktradikalen Positionen der AfD zu kritisieren. Die AfD fordert eine weitere Deregulierung der Wirtschaft, ist gegen den Mindestlohn und für den Abbau der Rechte von Werktätigen. Sie ist nicht die „Partei der kleinen Leute“, als die sie sich gerne präsentiert. Sie vertritt die Interessen einer gesellschaftlichen Elite, welche ihre Privilegien gegen die Interessen, auch der werktätigen Bevölkerung, verteidigen und ausbauen will. Diese Verstetigung der Ungleichheit wird auch im Hamburger Wahlprogramm, als „Leistungsprinzip“ verklärt, gefordert. Hier hat die AfD eine offene Flanke, denn einfache Mitglieder und WählerInnen kommen selbst oft aus sozial benachteiligten Schichten und wären von einer sozialdarwinistischen Politik persönlich betroffen.

Auch in der Geschlechterfrage bietet die AfD gute Angriffspunkte, denn sie ist eine reaktionäre Partei, die hauptsächlich von Männern geführt und gewählt wird. [...] Dass die AfD ein frauenfeindliches Weltbild vertritt, äußert sich auch in der Ablehnung einer Quotierung in Partei, Wirtschaft und Gesellschaft. Hier stellt sie sich gegen gesellschaftliche Entwicklungen und arbeitet stattdessen an einer dezidiert antifeministischen Kampagne.

Die Partei steht also nicht für eine moderne „Alternative“ zu den bestehenden Parteien, sondern für eine Rückkehr zum spießigen Geschlechter- und Familienkonzept der 50er Jahre. Auch auf dem Feld der Flüchtlings- und Migrationspolitik hat die AfD keine Antwort auf die real bestehenden Probleme, außer der Propagierung von im Kern rassistischen und menschenfeindlichen Forderungen. Wenn die AfD Ernst mit ihrer Politik machen könnte, dann würde sie den völkerrechtlich und grundgesetzlich verbürgten Schutz von Flüchtlingen aufkündigen, die Freizügigkeit in der EU abschaffen und die Religionsfreiheit beschneiden. Sie würde elementare Prinzipien der Aufklärung und der Menschenrechte demontieren.

Eine aufgeklärte Gesellschaft, welche die Verwirklichung der Gleichheit aller Menschen zum Ziel hat, kann keine Sondergesetze für Zugewanderte, Flüchtlinge oder bestimmte Religionen wollen. Kulturelle, ethnische, religiöse und soziale Vielfalt, sowie ein solidarischer Umgang miteinander sind die Voraussetzungen einer freiheitlichen Gesellschaft. Eine Flüchtlings- und Migrationspolitik, „welche

die Menschen nach ihrer Nützlichkeit für die Wirtschaft beurteilt und ihnen die Gleichberechtigung vorenthält“, lehnen wir ab, schrieb das Hamburger Bündnis gegen Rechts (HBgR) schon in seiner Grundsatzerklärung vor knapp zehn Jahren.

IV.III. Gemeinsam gegen die AfD

Das HBgR hat sich in den letzten Jahren vor allem erfolgreich gegen den Aufstieg des organisierten Neofaschismus in Form von NPD und Freien Kameradschaften engagiert. Und wir haben auch schon früh vor anderen Erscheinungsformen der extremen Rechten gewarnt, seien es völkische Burschenschaften, rassistische Aufmärsche gegen Flüchtlinge und Muslime, oder auch der AfD-Vorläufer *Die Freiheit*. Nun rufen wir alle fortschrittlichen Menschen auf, sich gegen die reaktionäre AfD zu positionieren. Wir werden ihr nicht mit den gleichen Aktionsformen entgegentreten können, wie der NPD, denn es handelt sich bei der AfD nicht um eine neonazistische Partei, welche mit allen Mitteln bekämpft und verboten werden muss. Aktionen gegen die AfD müssen inhaltlich gut begründet sein und dürfen ihr keine Gelegenheit bieten, sich erfolgreich in der Opferrolle zu inszenieren. Doch die AfD hat personelle und ideologische Schnittmengen mit der extremen Rechten, sie lehnt eine Gleichberechtigung aller Menschen unabhängig von Geschlecht, Herkunft, Religion und sexueller Orientierung ab. Die AfD darf von keiner Partei als Bündnispartner akzeptiert werden, weder in der Bürgerschaft, noch in den Bezirken. Ihren Positionen muss energisch widersprochen, ihre populistische Strategie muss entlarvt werden, ihr öffentliches Auftreten darf nicht unkommentiert bleiben. Sie bietet keine lebenswerte „Alternative“ zum Bestehenden, sondern ist eine Gefahr für eine offene und solidarische Gesellschaft.

Quelle: Broschüre zur "Kritik zur Alternative für Deutschland". Zuletzt Heruntergeladen unter <http://www.keine-stimme-den-nazis.org/images/PDF/afd-brosch%FCre%202015.pdf> am 14.05.2016.

V. Argumentationshilfe zum Umgang mit der "Alternative für Deutschland"

V.I. Unsere Kernbotschaft

Die AfD schürt Ängste und vergiftet mit Hetze und Vorurteilen unser gesellschaftliches Klima. Ihre Politik ist inhuman, diskriminierend und völkisch-national. Ihr Weltbild ist durchzogen von der Abwertung anderer und es missachtet die Menschenwürde sehr vieler Menschen. Die AfD ist gegen die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie gegen die Gleichstellung homosexueller Menschen. Die AfD schürt die gefährliche Fantasie eines kulturell und ethnisch homogenen deutschen „Volkes“. Sie steht gegen die Religionsfreiheit und wertet andere Religionen neben dem Christentum ab. Wir lehnen all diese Politikziele der AfD ab und wir halten sie für brandgefährlich. Denn zusammen mit Pegida befeuert die AfD eine radikale Stimmung, in der Brandstiftung, Morddrohungen und Gewalt gegen Menschen zur Tagesordnung gehören. Gegen die Hetze der AfD setzen wir auf Vernunft und Humanität.

V.II. Handlungsempfehlungen

Die AfD versucht sich als Stimme des gesunden Menschenverstandes gegen ein vermeintliches Meinungskartell aller Parteien und der Medien zu verkaufen. Wichtiges Stilmittel ist – wie bei allen Rechtspopulist*innen - die Inszenierung als Opfer („man darf nicht sagen...“, „wer in Deutschland X,Y sagt, wird als rechtsextrem ausgegrenzt“, „mit uns redet ja niemand...“ etc.).

☛ Deshalb ist eine offensive Auseinandersetzung mit der AfD angeraten. Ziel dieser Auseinandersetzung muss sein, den rassistischen, anti-pluralistischen und antifeministischen Kern der AfD offenzulegen, der sich hinter der bürgerlichen, konservativen Fassade verbirgt.

- Keine Pauschalbeschreibungen, sondern konkrete Belege für das rechte Weltbild der AfD und dann konkrete Fakten und klare Werte dagegen setzen. („Sie haben xy gesagt. Das ist sachlich falsch. Und es entspricht nicht den Werten von Freiheit und Gleichheit“). Skandalisierungen einzelner Äußerungen, die offen rassistisch oder rechtsextrem sind, sollten auf die Programmatik der AfD bezogen werden, um zu zeigen, dass es sich nicht um Ausrutscher handelt.
- Argumentationsstrategien müssen auf den Einzelfall angepasst werden. Gegenüber sich gemäßigt gebenden Vertreter*innen der AfD empfiehlt es sich, diese als Fassade, Deckmantel für die extremen Strömungen in der AfD zu entlarven und ihnen die radikalen Äußerungen ihrer Parteikolleg*innen entgegenzuhalten. Offen hetzende AfDler*innen sollten mit ihren Aussagen direkt konfrontiert und entlarvt werden.
- Die AfD sieht die Grünen und unser gesellschaftliches Umfeld als einen ihrer Hauptgegner. Ihre Ansichten stehen den unseren diametral gegenüber: Ausgrenzung von Geflüchteten vs. multikulturelle Gesellschaft; Antifeminismus vs. Gleichberechtigung; Homophobie vs. Gleichstellung; antieuropäisch vs. proeuropäisch. Das offensive Eintreten für grüne Werte, für eine offene, gleichberechtigte Gesellschaft ist der Kern unserer Auseinandersetzung mit der AfD.
- Wir Grüne appellieren an alle demokratischen Parteien für eine offene, friedliche Gesellschaft einzustehen und klare Kante zu zeigen gegen Populismus, Hass, Rassismus und Gewalt - und damit gegen die AfD. Die Hetze der AfD darf nicht dadurch gesellschaftsfähig gemacht werden, dass andere Parteien sie übernehmen.

V.III. Die AfD – Eine radikal rechte Partei

Die AfD als Partei proklamiert (noch) keinen verfassungsfeindlichen Systemsturz. Vielmehr ist laut dem Rechtsextremismus-Experten und Autor Alexander Häusler eine "nationalistische Transformation der Demokratie nach rechts" das Ziel. Sie setze auf Begriffe wie Tradition, Kultur, Familie, Religion und Heimat statt auf Rasse und Nation. Dieser "versteckte" Nationalismus gehe einher mit rassistischen Positionen.

Unter der Oberfläche der AfD brodelt es gewaltig. Denn die AfD befindet sich erneut in einem Richtungsstreit. Frontfrau Frauke Petry hat die Scharfmacher am äußersten rechten Rand hoffähig gemacht, jetzt wird sie wie einst AfD-Gründer Bernd Lucke an den Rand gedrängt. So treten bei Teilen der AfD und wichtigen Führungspersonen rechtsextreme oder völkisch-nationalistische Tendenzen immer offener zu Tage. Das bekannteste Beispiel ist Björn Höcke. Er zündelt mit offen rechtsextremen Begrifflichkeiten, was in der Partei bis heute toleriert wird. Er verspricht Deutschland „eine tausendjährige Zukunft“. Die sprachliche Nähe zum Tausendjährigen Reich der Nazis ist gewiss kein Zufall, insbesondere bei einem Geschichtslehrer. Er spricht von einem „lebensbejahenden afrikanischen Ausbreitungstyp“, und unterfüttert das mit biologischen Pseudotheorien und Vergleichen mit Tieren. Hier gibt sich der Rassismus keine Camouflage mehr.

Die AfD steht in engem ideologischem und auch politischem Zusammenhang sowohl mit klassisch rechtsextremen Parteien wie der NPD als auch mit gewaltbereiten und gewalttätigen rechten Gruppierungen im Land. Woche für Woche gibt es unter breiter Beteiligung von AfD-Anhängern Pegida- und Legida-Demonstrationen, bei denen es – ebenso wie in den sozialen Netzwerken – immer wieder zu rassistischer Gewaltheizung kommt. Aus diesem Umfeld rekrutieren sowohl die AfD als auch die NPD ihre Wählerschaft: jüngsten Studien zufolge würden heute 80 Prozent der Pegida-Anhänger die AfD wählen. Im Januar 2016 rief Tatjana Festerling in Dresden kaum verklausuliert auf AfD zu wählen: „Nein, es gibt keine parlamentarische Stimme, die sich gegen die deutsche Unrechtsregierung erhebt. Die einzige Opposition in Deutschland ist die Straße, das sind wir, das ist Pegida und das ist die AfD.“

Der Berliner Politologe Timo Lochocki sieht die AfD am Scheideweg: Die AfD sei lange Zeit rechtspopulistisch gewesen, komme jetzt aber an einen Punkt, wo die Übergänge zum Rechtsextremismus fließend würden, sagte er den „Stuttgarter Nachrichten“. Der Mainzer Politikwissenschaftler Gerd Mielke bezeichnet die AfD als "Vorfeldorganisation" für Pegida und gewaltbereite rechte Gruppierungen. Der Rechtsextremismus-Forscher Hajo Funke hat die derzeitige

Radikalisierung in seinen Untersuchungen ebenso belegt: „Petry war im Grunde die Übergangsperson, die dazu benutzt wurde, dem radikalen Flügel zur Macht zu verhelfen.“ Und der frühere Vize-Vorsitzende der AfD, Hans-Olaf Henkel, erklärt, die AfD sei mittlerweile zu einer „NPD light“ geworden. *„Es macht mir Kummer, dass ich mitgeholfen habe, ein richtiges Monster zu erschaffen.“*

Deutschlands und Europas Grenzen schützen – zur Not auch mit Waffengewalt, wie es unter anderen Beatrix von Storch forderte. Beispiele:

- „Die Einwanderungs-, Asyl- und Integrationspolitik der etablierten Parteien führt geradewegs in eine soziale Katastrophe.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Die AfD spricht Klartext: Fast alle Ankommenden, die auf Dauer zu bleiben gedenken, sind keine „Flüchtlinge“. Sie sind nicht an Leib und Leben bedroht...“ LTW-Programm AfD BaWü [...]
- „Asylanträge sollen grundsätzlich außerhalb der EU gestellt und dort bearbeitet und entschieden werden, um unkontrollierte Zuwanderung zu verhindern. Dafür sind entsprechende Einrichtungen zu schaffen.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Der Missbrauch des Asylrechts und die Betätigung von Menschenhändlern und Schleusern müssen konsequent bekämpft werden. Die Außengrenze Europas ist wirksam gegen illegale Einwanderung abzusichern. Registrierungsstellen für Asylbewerber sollten schon außerhalb, spätestens aber an den Grenzen der Europäischen Union eingerichtet werden.“ LTW-Programm der AfD in RLP
- Es müsse verhindert werden, dass weiter so viele unregistrierte Flüchtlinge über Österreich einreisen können. Die Polizei müsse "notfalls auch von der Schusswaffe Gebrauch machen", sagte Frauke Petry. "Kein Polizist will auf einen Flüchtling schießen. Ich will das auch nicht. Aber zur Ultima Ratio gehört der Einsatz von Waffengewalt." [...]

Entgegnung:

Die AfD steht für eine inhumane Flüchtlingspolitik, die vor dem Leid und der Not der Menschen die Augen verschließt. Sie schürt Ängste und spaltet die Gesellschaft. Ihre populistischen Antworten lassen sich in der Konsequenz nur mit Stacheldraht und Schießbefehl umsetzen. Antworten auf die Frage, wie Fluchtursachen bekämpft, Einwanderung gesteuert und Integration erfolgreich gelingen kann, hat die AfD selbst keine.

Menschen fliehen zu uns vor Krieg und Vertreibung. Ihnen Schutz zu bieten, ist unsere moralische und völkerrechtliche Pflicht. Wir wollen die Menschen nicht auf Rettungsbooten im Mittelmeer aussetzen. Das Argument, alle Flüchtlinge, die bei uns ankämen, seien keine Flüchtlinge mehr, da sie nicht direkt aus Kriegsgebieten kommen, ist ein national egoistisches Argument. Es setzt auf Deutschlands Mittellage in Europa und war die Grundlage des Dublin-Systems. Es sagt: Kriegsflüchtlinge sind das Problem der Nachbarstaaten oder der Randstaaten Europas. Diese Haltung ist zutiefst ungerecht und unsolidarisch.

Ja, es wird anstrengend, ja wir stehen vor großen Herausforderungen. Aber keine der Herausforderungen wird durch Hetze und Hass gelöst. Der Staat muss dafür von Rostock bis Konstanz gleich gute Bedingungen schaffen: Mit Sprachkursen und Bildung, Wohnraum und Arbeit. Wenn wir das gut machen, nutzt es uns allen. Wir wissen, dass Integration anstrengend ist, und allen etwas abverlangen wird – den Menschen, die zu uns kommen ebenso, wie denen, die schon hier leben. Wir wollen die vor uns liegenden Herausforderungen selbstbewusst und zupackend angehen.

V.VI. Integrationspolitik

Die AfD vermeidet in der Regel in offiziellen Texten offenen Rassismus. Sie spricht ihn aber indirekt an über den Umweg der „Kultur“. Menschen „fremder Kulturen“ ließen sich nicht integrieren, so heißt es dann. Belege gibt es nicht. Die AfD leugnet die großen Integrationserfolge in Deutschland der vergangenen Jahrzehnte und konzentriert sich ausschließlich auf (teils echte, teils eingebildete) Problemgebiete. Denn ihr Horizont ist bestimmt von der Zielvorstellung eines homogenen Volksverständnisses, geprägt von den angeblichen Wertgrundlagen des christlich-abendländischen

Kulturkreises. Die allerdings werden nur sehr selektiv befolgt (Menschenrechte, Nächstenliebe, Universalismus etwa spielen keine Rolle). Wie bei allen neuen rechtspopulistischen Parteien äußert sich der Rassismus in pauschalen Angriffen auf den Islam, der nicht zu Europa und Deutschland passe und die nationale Kultur und Identität bedrohe. Rassistische Ausfälle einzelner Mitglieder sind vor diesem Hintergrund keine Ausrutscher. Beispiele:

- „Sie (Angela Merkel) lockt damit hunderte Millionen Armutsflüchtlinge nach Deutschland. Wird dieser Zustrom nicht gestoppt, so ist das Ende der deutschen und europäischen Kultur besiegelt.“ LTW-Programm AfD BaWü
- „In zahlreichen Städten, vor allem in westlichen Bundesländern, sind Parallelgesellschaften entstanden. Hier schotten sich schlecht qualifizierte und integrationsunwillige Menschen ab und schaffen mit sozialstaatlicher Unterstützung rechtsfreie Räume.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt [...]
- „Was heißt es, Deutscher zu sein? Welches Verhalten, welche Sitten und Gebräuche gehören hier her und welche nicht? Wo verläuft die Grenze zwischen dem Eigenen und dem Fremden? (...) Unsere Identität hat sich im Laufe vieler Jahrhunderte besonders aus den Traditionen des christlichen Abendlandes entwickelt. (...) Der Islam gehört hingegen nicht zu unserer Identität. Er hat unsere Geschichte und unser Selbstverständnis nicht geprägt.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- Das niedersächsische AfD-Mitglied Jana Schneider, auch im Landesvorstand der dortigen Jungen Alternative (Jugendorganisation der AfD), forderte nach den Anschlägen von Paris auf ihrer Facebook-Seite: "Moscheen schließen, ausländische Muslime ausweisen, Konten einfrieren. Internetseiten lahmlegen. Systematische Hausdurchsuchungen. Grenzen dicht. Hassprediger in Haft nehmen." [...]
- „Die religiöse Betätigung von Zuwanderern hat sich vollständig im Rahmen der freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu bewegen und unsere Kultur und Gesellschaft zu respektieren. Sie darf nicht zur Bildung von Parallelgesellschaften beitragen, die wir ablehnen.“ LTW-Programm der AfD in RLP
- „Es gibt nur noch 64,5 Millionen Deutsche ohne Migrationshintergrund“ beklagt Höcke in Erfurt.

Entgegnung:

Die AfD zeichnet ein Zerrbild des Islam in Deutschland: Die überwältigende Mehrheit der in Deutschland lebenden Muslime sind gut integriert, verhalten sich gesetzestreu und bekennen sich zu unserer verfassungsrechtlichen Grundordnung. Weniger als ein Prozent der Muslime gilt hierzulande nach Einschätzung des Verfassungsschutzes als islamistisch. Wer pauschaliert, will ausgrenzen. Selbstverständlich muss der Staat Menschen, die sich zur Gewaltbereitschaft hin radikalieren im Blick haben, muss mit Prävention dagegen angehen, Gefahren abwehren und Straftäter*innen zur Rechenschaft ziehen – seien es nun islamistische oder rechtsradikale Gewalttäter*innen.

Die AfD verlässt den Boden unserer Verfassung: Unser Grundgesetz verpflichtet den Staat zur religiösen und weltanschaulichen Neutralität: Keine Religion darf bevorzugt oder diskriminiert werden. Religionsfreiheit im Rahmen der gesetzlichen Ordnung gilt für alle, für Muslime genauso selbstverständlich wie für Christen oder Juden. Das Bundesverfassungsgericht hat in seinem 2. „Kopftuch-Urteil“ ausdrücklich klargestellt, „dass eine „Benachteiligung anderer als christlicher und jüdischer Religionsangehöriger (...) verfassungsrechtlich nicht zu rechtfertigen ist“. [...]

V.V. Gesellschaftspolitik

Die AfD vertritt ein erzreaktionäres Gesellschaftsbild. Zentral ist die Bevorzugung der heterosexuellen Ehe und der klassischen Rollenzuweisung an die Ehefrau und Mutter in der bürgerlichen Familie mit vielen Kindern, eine klare Ablehnung des Gender Mainstreamings und der Selbstbestimmung über den eigenen Körper. Gelder für "Gender-Forschung" und entsprechende Projekte und Lehrstühle an Hochschulen will sie streichen. Insbesondere Gender Mainstreaming wird zum Symbol allen Übels. Es taucht in praktisch allen programmatischen Äußerungen auf. Gleich einem Fetisch wird es hoch emotional negativ aufgeladen – eine völlige Überbewertung eines eher selbstverständlichen und nicht

kontroversen Prinzips. Prominente Mitglieder wie Beatrix von Storch unterhalten enge Kontakte in die christlich-reaktionäre Szene, zum Beispiel zur „Zivilen Koalition“ und der „Lebensschutz-Bewegung“. Beispiele:

- „Wir wehren uns gegen lebensfremde Gesellschaftsexperimente, die den Wandel der Geschlechterrollen manipulieren und einen neuen, geschlechtsneutralen Menschen erschaffen wollen.“ LTW-Programm AfD Sachsen-Anhalt
- „Die an allen baden-württembergischen Universitäten und Hochschulen per Gesetz installierten sogenannten Gleichstellungsbeauftragten sollen angeblich die Chancengleichheit von Frauen und Männern garantieren. In Wahrheit führen sie – im Verein mit dem Instrument der Frauenquote – regelmäßig zur Diskriminierung von männlichen Stellenbewerbern. Die AfD fordert ihre ersatzlose Abschaffung.“ LTW-Programm AfD BaWü [...]
- Homophobes Gedankengut hat es an vielen Stellen in das Landtagswahlprogramm in BaWü geschafft. So wird vor einer "volkserzieherische[n] Überhöhung von nicht heterosexuellen Menschen" gewarnt und über "gesellschaftlich kaum relevante Konstellationen (LSBTTIQ)" geklagt, mit denen Schülerinnen und Schülern in BaWü nicht belästigt werden dürften. Auch Aufklärung über Transsexualität und Transgender ist der AfD ein Dorn im Auge: "Wir setzen uns dafür ein, dass jedes Kind darin gestärkt wird, sein biologisches Geschlecht anzunehmen." [...]
- Die Thüringer Landtagsabgeordnete Corinna Herold wollte von der Landesregierung wissen, wie viele homo-, bi oder transsexuelle Menschen in Thüringen lebten. Sie schien zu glauben, die Landesregierung müsse das doch überwachen...

Entgegnung:

Wer Antifeminismus und Homophobie unter dem Deckmantel des Schutzes der traditionellen Familie verpackt, schürt Ressentiments und Vorurteile. Und: übrigens wovor schützt die AfD die traditionelle Familie eigentlich? Zerbrecen Hetero-Beziehungen, wenn Frauen das gleiche Gehalt bekommen, oder wenn zwei Männer heiraten?

Die Würde jedes einzelnen Menschen vor Intoleranz, Diskriminierung und Gewalt zu schützen, muss ein Anliegen jeder demokratischen Partei sein. Wer Ehe und Familie als Einstehens- und Verantwortungsgemeinschaften wertschätzt, darf sich nicht dagegen sperren, dass auch andere Lebensgemeinschaften diese Werte leben wollen.

Gender Mainstreaming bedeutet, bei politischem oder Verwaltungshandeln die Auswirkungen auf Männer und Frauen zu berücksichtigen. Es zielt als Verwaltungsprinzip mitnichten auf die Aufhebung der Geschlechter ab, sondern auf die Verpflichtung der Förderung von Gleichstellung. Auf Ebene der Europäischen Union wurde der "Gender Mainstreaming"-Ansatz im Amsterdamer Vertrag 1999 verbindlich festgeschrieben. 2008 dann im Vertrag von Lissabon.

Wir Grüne setzen uns für die Gleichberechtigung von Männern und Frauen ein. Die Realität zeigt, dass es dafür Frauenquoten, Prinzipien wie das Gender-Mainstreaming und gesetzliche Vorgaben zur Antidiskriminierung braucht. Ohne solche Vorgaben wären wir in der Gleichberechtigung nicht dort angekommen, wo wir heute sind. Und es gibt noch eine Menge zu tun: Noch immer verdienen Frauen im Schnitt 23 Prozent weniger als Männer, sie sind in den Chefposten von Politik, Wirtschaft und Medien deutlich unterrepräsentiert und viel zu oft betroffen von (sexualisierter) Gewalt. Hier sollte die AfD ansetzen, statt zu versuchen, erreichte Erfolge im Sinne der Gleichberechtigung zurückzudrehen.

Und das Schwadronieren gegen die Pädagogik der Vielfalt und die Sexualerziehung zeigt, wie wenig der AfD das Wohl aller Kinder wichtig ist. Die vierfach höhere Suizidversuchsrate unter homosexuellen Jugendlichen zeigt deutlich, dass die Schulen hier reagieren und die Betroffenen in ihrer Identität stärken müssen. Außerdem findet „Frühsexualisierung“ der Kinder heute oftmals unbeobachtet im Internet statt, nicht in der Schule. Es ist daher wichtig, dass sowohl Eltern als auch die Schule mit altersgerechten Informationen über menschliche Sexualität zur Seite stehen. [...]

Quelle: "Argumenationshilfe: AfD – Die Alternativ für Deutschland". Herausgegeben von der Bundestagsfraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN vom 15.02.2016.

VI. Internetlinks – Eine Webhilfe

Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern:

<http://infordost.de/>

Links lang: News, Facts und Action aus McPomm:

<http://www.links-lang.de/>

Netz gegen Nazis:

<http://www.netz-gegen-nazis.de/>

Fußball gegen Nazis:

<http://www.fussball-gegen-nazis.de/>

Amadeu Antonio Stiftung:

<http://www.amadeu-antonio-stiftung.de/>

no-nazi.net – Für soziale Netzwerke ohne Nazis!:

<http://www.no-nazi.net/>

Impressum

Herausgegeben vom *Infoportal für antifaschistische Kultur und Politik aus Mecklenburg-Vorpommern (INO)*

V.i.S.d.P.: J. Krude

Kontakt: [infordost\[at\]systemausfall.org](mailto:infordost[at]systemausfall.org)

Internet: <http://infordost.de/>

-----Keine Anzeige-----



Girlies T-Shirts
Kapus

MAKE A COW HAPPY



GO VEGETARIAN

bedruckt und unbedruckt

über 1000 Button Motive
Buttonproduktion
auch Kleinstauflagen



www.roter-shop.de

